

Bob Jessop

Globalisierung und Nationalstaat¹

Imperialismus und Staat bei Nicos Poulantzas – 20 Jahre später

Poulantzas schrieb lange bevor der gegenwärtige Hype um die Globalisierung einsetzte und bevor die These vom Tod des Nationalstaats geläufig wurde. Dennoch sprachen seine in den 70er Jahren entstandenen Arbeiten einige zentrale Fragen an, die eine ernsthafte marxistische Analyse betreffen, wie die Beziehung zwischen den Veränderungen, welche die kapitalistische Wirtschaft im Weltmaßstab durchmacht und den zentralen Formen und Funktionen des kapitalistischen Nationalstaates. Diese Fragen wurden zuerst in einem langen Aufsatz angeschnitten, *Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat (1973b)*² und in drei Büchern *Klassen im Kapitalismus – heute (1975)*, *Die Krise der Diktaturen (1977)* und *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie (1978)* weiter diskutiert. Im folgenden will ich einen Überblick über Poulantzas Argumentation in den 70er Jahren geben. Dabei soll einerseits deutlich werden, wie sich diese in einigen zentralen Aspekten verändert hat, andererseits soll zwischen seinem allgemeinen theoretischen Ansatz und dessen besonderer Anwendung auf Europa (insbesondere auf Frankreich, Griechenland, Portugal und Spanien) in einer spezifischen Phase des Imperialismus unterschieden werden. Ich will zeigen, dass Poulantzas allgemeiner Ansatz theoretisch komplexer ist und für die Linke mehr strategische Relevanz besitzt als vieles von dem augenblicklich angesagten Gerede über die Zukunft des Nationalstaates im Zeitalter der Globalisierung. Allerdings war sein allgemeiner Ansatz auch von einem Klassenreduktionismus gekennzeichnet und einige spätere Veränderungen der Internationalisierung des Kapitals wurden nicht antizipiert. Spezifische Prognosen waren daher in wichtigen Punkten nicht korrekt. Allerdings lassen sich seine Analysen durch theoretische Elemente, die mit seinem allgemei-

1 Dieser Artikel ist eine leicht gekürzte Fassung eines Beitrags zum Band von St. Aaronowitz und P. Bratsis: *Rethinking the State: Miliband, Poulantzas and State Theory*, Minneapolis: University of Minnesota Press (im Erscheinen).

2 Im folgenden wird dieser Text aus Poulantzas (1975: 36-80) zitiert.

nen Ansatz vereinbar sind, ergänzen und unter Berücksichtigung aktueller Entwicklungen fortführen. Dementsprechend besteht mein Aufsatz aus zwei großen Teilen: erstens einer kritischen Würdigung von Poulantzas theoretischem Ansatz, und zweitens einer Darstellung aktueller Veränderungen des Nationalstaats aus einer modifizierten Poulantzas-Perspektive.

1. Poulantzas: Marxistische Theorie und politische Strategie

Ich habe anderswo darauf hingewiesen (Jessop 1985), dass Poulantzas Arbeiten, trotz ihres oft kritisierten übermäßigen Abstraktionsniveaus, in erster Linie durch eine tiefe politische Bindung an die Arbeiterklasse und die Kämpfe um mehr Demokratie, die in Europa geführt wurden, motiviert waren. Folglich hat Poulantzas, neben seiner Auseinandersetzung mit den theoretischen Positionen in den klassischen Texten von Marx, Engels und Lenin, immer auch engagiert an Debatten teilgenommen und insbesondere scharfe Kritiken an zeitgenössischen marxistischen Analysen des Imperialismus formuliert: etwa an Theorien des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die entweder von einem „Ultra-Imperialismus“ ausgingen oder behaupteten, dass die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft im Begriff sei, ein supranationaler politischer Apparat zu werden, der im Dienst des europäischen Kapitals steht, um es in seinem Kampf gegen die Hegemonie des amerikanischen Kapitals zu unterstützen (1975: 37-38). Die Beschäftigung mit Fragen politischer Strategie wird im Rahmen seiner Analysen der damals aktuellen Veränderungen des Imperialismus und ihrer Auswirkungen auf die Entwicklung der Nationalstaaten und der Klassenkämpfe in Europa besonders deutlich.

Die erneute Lektüre seiner Arbeiten nach 20 Jahren weiterführender Diskussionen um Veränderungen in der Weltwirtschaft macht deutlich, wie wichtig Poulantzas die Einbettung seiner Analysen in eine behutsame Periodisierung der „imperialistischen Kette“ und den damit verbundenen Klassenkämpfen nahm (1975: 39-46). Poulantzas bestand darauf, die Frage der Internationalisierung des Kapitals in Begriffen des Imperialismus zu diskutieren. Obwohl letzteres in den neueren Arbeiten zur „Globalisierung“ häufig vernachlässigt wird, bleibt die Auseinandersetzung mit der sich verändernden Form des Imperialismus unbedingt notwendig, um den Wandel des Nationalstaates und vieles andere mehr zu begreifen. Dementsprechend untersuchte Poulantzas die Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung, durch welche die verschiedenen imperialistischen Metropolen und die ihnen unterworfenen sozialen Formationen in einer komplizierten Matrix, die durch ungleiche und kombinierte Entwicklung gekennzeichnet ist, verbunden wird. Als nächsten Schritt bezog er diese Veränderungen auf den sich wandelnden Rhythmus des Klassenkampfes, der Verschiebungen in

den Strategien der Bourgeoisie nahelegt und aus Veränderungen in der „imperialistischen Kette“ resultiert. Und er untersuchte, wie diese ganze Entwicklung in der Reorganisation der institutionellen Materialität des Nationalstaates ihren Ausdruck findet, sich in der Beziehung zwischen ökonomischen und anderen Funktionen widerspiegelt und den eigentlichen Grund für seine Krisentendenzen bildet.

Die intensive Beschäftigung mit diesen Fragen führte dazu, dass Poulantzas sein schon lange bestehendes Interesse an Staatstheorie und politischen Strategien enger und schlüssiger mit traditionellen ökonomischen Themen des Marxismus verknüpfte. Die letzteren waren in seinen frühen staatstheoretischen Arbeiten weitgehend vernachlässigt worden, da diese davon ausgingen, dass die kapitalistische Ökonomie nicht nur getrennt vom kapitalistischen Staat betrachtet werden muß, sondern dass sie auch weitgehend selbst dazu in der Lage sei, sich in Wert zu setzen, sobald die „externen“ politischen und ideologischen Rahmenbedingungen für die Akkumulation durch den Staat gesichert sind (1974: 30-31, 53-54; für die spätere Selbstkritik an diesem klassischen Fehler der liberalen politischen Ökonomie, vgl. Poulantzas 1975: 92-93; 1978: 13-19)

Gehaltvolle Auseinandersetzungen mit ökonomischen Themen finden sich erstmals in Poulantzas Aufsatz zur *Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse* (1973b) und in *Klassen im Kapitalismus – heute* (1975). Sie wurden später in *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie* (1978) mit seiner eigenen Staatstheorie verbunden. Aber Poulantzas brachte auch für die traditionelle marxistische Kritik der politischen Ökonomie neue Einsichten. Insbesondere analysierte er den Arbeitsprozess in Begriffen einer komplexen ökonomischen, politischen, und intellektuellen Arbeitsteilung, wobei die konstitutiven Effekte und das Handeln des Staates immer bedeutsam blieben; ebenso untersuchte er soziale Klassen im Hinblick auf ihre „erweiterte Reproduktion“, und nicht nur hinsichtlich ihres ökonomischen Platzes in Produktion, Distribution, und Konsumtion. Diese „erweiterte Reproduktion“ umfasste ökonomische, politische, und ideologische Beziehungen und berücksichtigte den Staat sowie die Unterscheidung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit genauso wie die Kreisläufe des Kapitals und nicht-kapitalistische Produktionsverhältnisse. Natürlich stellte Poulantzas die Produktionsverhältnisse in diesem *erweiterten oder integralen Sinne*³ auch stets in den Mittelpunkt seiner Analysen des Klassenkampfes. Und er kam

3 Dieser Begriff kommt natürlich von Gramsci. Gramsci definierte den integralen Staat als "politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft" (Gramsci 1971). Abgesehen von seiner stark politisch und ideologisch motivierten Sichtweise des Kleinbürgertums in *Faschismus und Diktatur* (1973a), hat Poulantzas Klassen ansonsten (1973b, 1975 und 1978) - ganz ähnlich wie Gramsci - in Begriffen gesellschaftlicher Beziehungen bestimmt und dabei hervorgehoben, dass andere institutionelle Ordnungen (hauptsächlich der Staat) für die Re-

Analysen des Klassenkampfes. Und er kam auch dazu, die gesellschaftliche Reproduktion in Begriffen der Reproduktion von miteinander in Beziehung stehenden ökonomischen, politischen und ideologischen Prozessen zu analysieren, die sich wiederum auf den Akkumulationsprozess auswirken (1973b, 1975 und 1978). Damals waren dies wichtige Fortschritte.

Poulantzas blieb dennoch in den Begriffen einer klassischen marxistischen Kritik der politischen Ökonomie gefangen. Dies hing damit zusammen, dass seine Analysen von der Prämisse einer in letzter Instanz determinierenden Rolle der Produktionsweise für alle Aspekte der gesellschaftlichen Organisation, vom Vorrang des fundamentalen Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit, und der treibenden Kraft des proletarischen Klassenkampfes beim Übergang zum Sozialismus ausgingen. Nur im letzten Jahr seines Lebens begann er diese grundsätzlichen Lehrsätze des Marxismus wirklich zu hinterfragen und über sie hinauszugehen (Poulantzas 1979a, 1979b).

Imperialismus

Es ist dieser theoretische und strategische Kontext, von dem aus Poulantzas in den 70er Jahren seinen Blick auf die jüngste Phase des Imperialismus und das Aufflammen von Klassenkämpfen in den wichtigsten imperialistischen Metropolen wie Japan, den USA und Europa richtete (1975: 42ff). Für das zentrale Moment der gegenwärtigen Phase des Imperialismus hielt er die Herausbildung einer „neuen Demarkationslinie im Lager der Metropolen zwischen den USA einerseits und den anderen Metropolen des Imperialismus, insbesondere Europa, andererseits“ (1975: 43). Die Metropolen seien natürlich immer noch damit beschäftigt, die abhängigen Formationen auszubeuten und zu beherrschen, dies dürfe jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Kampf um Herrschaft und Ausbeutung auch innerhalb von Europa an Schärfe zugenommen habe. Dieser Kampf würde (insbesondere vom US-amerikanischen Kapital) nicht nur über ausländische Direktinvestitionen, sondern auch über Fusionen von amerikanischem mit europäischem Kapital geführt. Hinzu käme die allgemeinere Verfestigung von Herrschaft in Form von technischen Standards, amerikanischem Know-How, und über ein nach Europa drängendes Modell von sozialen Verhältnissen, die in den USA vom Monopolkapital bereits etabliert worden seien. Diese hier referierten Aussagen hätten wenige Jahre später auch in regulationstheoretischen Begriffen – etwa als Diffusion des amerikanischen Wachstumsmodells, seiner Regulationsweise, und seiner allgemeineren Form der Vergesellschaftung nach Europa – reformuliert werden kön-

nen (Jessop 1992; van der Pijl 1984). Dennoch gab es in den letzten 20 Jahren auch einige das Wesen des Imperialismus modifizierende Ereignisse und Tendenzen, die Poulantzas nicht gänzlich antizipiert hat. Hierzu gehören die Krise des Fordismus (wenn auch nicht die der US-Hegemonie), die fortgesetzte Ausweitung einer besonderen Form des (ost)asiatischen Kapitalismus (obgleich unter US-Hegemonie), die Diffusion der „Japanisierung“. Und schließlich trat noch ein Ereignis ein, das er tatsächlich erwartete: der Zusammenbruch des sowjetischen Blocks. Im zweiten Teil des Aufsatzes werde ich auf einige damit zusammenhängende Fragen zurückkommen.

Internationalisierung und Klassenbeziehungen

Poulantzas setzte die damalige Phase des Imperialismus in Beziehung zu Veränderungen in den internationalen Bedingungen der Produktionsprozesse – eine Entwicklung, die ihm zufolge insbesondere die „globalen Produktionsverhältnisse“ betrifft (1975: 53). Dieser Prozess sei durch den tendenziellen Fall der Profitrate und die Suche nach höheren Profiten, welche das Kapital über die Fortsetzung der indirekten Ausbeutung der abhängigen Formationen und über verstärkte ausländische Direktinvestitionen in andere Metropolen zu realisieren versuchte, in Gang gesetzt worden (1975: 57). Später sollte Poulantzas argumentieren, dass auch die südeuropäischen Diktaturen (Griechenland, Portugal und Spanien) amerikanischen Direktinvestitionen ausgesetzt waren (1977). Sie würden dadurch stärker in die Kreisläufe des Fordismus integriert und zu dem, was Lipietz als „periphere fordistische Ökonomien“ bezeichnet hat (Lipietz 1987). Im allgemeinen hielt Poulantzas die intensivere Ausbeutung der Arbeitskraft – die über den eigentlichen Arbeitsprozess hinausgeht und auch Ausbildung, technische Innovationen, Stadtplanung und Formen kollektiver Konsumtion einschließt – für die grundlegende Gegentendenz, um dem tendenziellen Fall der Profitrate zu begegnen (1975, 1977 und 1978).

Die damalige Phase des Imperialismus war für ihn durch die Reorganisation der Klassenbeziehungen innerhalb der Bourgeoisie wie auch durch Veränderungen in den Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit gekennzeichnet. Poulantzas bemühte sich auf theoretischer und empirischer Ebene insbesondere um den Nachweis, dass die traditionelle marxistische Unterscheidung zwischen nationaler Bourgeoisie und Kompradorenbourgeoisie nicht länger hinreichend sei, um die Besonderheiten der Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Fraktionen des Kapitals zu verstehen. Bekanntlich bezog Poulantzas die strukturelle Determination von Klassenpositionen nicht nur auf die ökonomischen Beziehungen, sondern auch auf die Stellung der Klasse in ideologischen und politischen Strukturen. Daher folgerte er, dass nationale Bourgeoisien, die über eine autonome Basis der

Kapitalakkumulation verfügen, in ökonomische Widersprüche mit dem ausländischen imperialistischen Kapital geraten und eine relativ autonome Stellung in den ideologischen und politischen Strukturen einnehmen können (was Bündnisse mit den Massen erleichtert); demgegenüber seien Kompradorenbourgeoisien, die über keine autonome inländische Basis der Akkumulation verfügen, dem ausländischem Kapital dreifach (ökonomisch, politisch und ideologisch) unterworfen (1975: 64). Poulantzas war insbesondere daran interessiert, wie durch die Entwicklung des Imperialismus die Position der nationalen Bourgeoisie untergraben wird. Diese befindet sich angesichts der Internationalisierung im Prozess der Auflösung zu Gunsten einer „inneren“ Bourgeoisie. Letztere ist weder eine einfach dem ausländischen Kapital unterworfenen Klasse (sie hat ihre eigene Akkumulationsbasis im In- wie im Ausland) noch eine nationale Bourgeoisie (sie ist auf vielfältige Weise in die internationale Arbeitsteilung sowie in die internationale Konzentration und Zentralisation des Kapitals unter amerikanischer Herrschaft eingebunden und tendiert deshalb eher dahin, ihre politische und ideologische Autonomie gegenüber dem US-Kapital zu verlieren) (1975: 65). Trotzdem gäbe es immer noch bedeutsame Widersprüche zwischen der inneren Bourgeoisie und dem US-Kapital, die sich wiederum an den Beziehungen der europäischen Staaten zum amerikanischen Staat ablesen liessen (1975: 66).

Eine Auswirkung dieser neuen Konstellation bestehe darin, dass Machtblöcke, d.h. längerfristig strukturell gefestigte Klassenakteure oder Allianzen von Klassenfraktionen, nicht länger nur auf der nationalen Ebene lokalisierbar seien. Folglich würden die europäischen Bourgeoisien, zusätzlich zur Verschärfung der internen Widersprüche in den nationalen Machtblöcken, auch stärker hinsichtlich ihrer strukturellen und konjunkturellen Beziehung zum imperialistischen US-Kapital polarisiert. Dies habe zur Folge, dass inter-imperialistische Widersprüche in jedem „nationalen“ europäischen Machtblock, Nationalstaat und weiter gefassten sozialen Formation reproduziert würden (Poulantzas 1975). Jeder imperialistische Staat sei heute zur gleichen Zeit auch damit beschäftigt, den Prozess der Internationalisierung zu organisieren, der sich zwischen den imperialistischen Metropolen abspielt. Die imperialistischen Staaten „nehmen nicht nur die Interessen ihrer inneren Bourgeoisien wahr, sondern gleichfalls die Interessen des herrschenden imperialistischen Kapitals und anderer imperialistischer Kapitale, wie sie innerhalb des Internationalisierungsprozesses verbunden sind“ (1975: 68). Dies bedeute aber nicht, dass die „ausländischen“ Kapitale als autonome Kräfte direkt am Machtblock partizipierten: statt dessen würden sie von bestimmten Fraktionen der inneren Bourgeoisie im Machtblock vertreten und besäßen auch über verschiedene andere Kanäle Einfluss auf die Staatsapparate.

Internationalisierung und Nationalstaat

Auch wenn sich die Begrifflichkeiten der Debatte aus den 70er Jahren von den heute üblichen unterscheiden, Poulantzas sprach wichtige Punkte der Zukunft des Nationalstaates im Zeitalter einer voranschreitenden Internationalisierung des Kapitals an. Vor allem bestand er darauf, dass der Nationalstaat bedeutsam bleibt – trotz (oder eigentlich präziser gerade wegen) der voranschreitenden Internationalisierung. Poulantzas zufolge wird der Nationalstaat auch in Zukunft keinem „Superstaat“, der oberhalb der nationalen Staaten anzusiedeln wäre, Platz machen; und er wird auch nicht einer grenzenlosen und staatenlosen Welt, die von multinationalen Konzernen beherrscht wird, weichen. Seine Kritik richtete sich hauptsächlich gegen Ansätze, die einen „Weltstaat“ unter US-Dominanz vorhersagten, und weniger gegen die Aussicht, dass ein solcher Staat in Europa an Form gewinnen könnte. Poulantzas begegnete der These von einem sich herausbildenden „Superstaat“ mit sechs prinzipiellen Einwänden: (1) Nur bestimmte Staatsfunktionen lassen sich überhaupt an übergeordnete Instanzen abtreten. (2) Die Nationalstaaten bleiben als Machtblöcke mit ökonomischen Interessen sowie (3) als erweiterte Reproduktionsstandorte nationaler Bourgeoisien im Konkurrenzverhältnis zueinander. (4) Die Klassenkämpfe beziehen sich auch weiterhin auf den nationalstaatlichen Rahmen und die Nationalstaaten bleiben folglich auch für die Organisation von Klassenkompromissen verantwortlich. (5) Jeder Nationalstaat steht für bestimmte historisch gewachsene soziale Kräfteverhältnisse, denen der „Superstaat“ nur schwerlich Rechnung tragen könnte. (6) Der Nationalstaat stellt eine Machtressource für nationale Funktionseliten dar, die folglich ein starkes Interesse am Überleben der nationalstaatlichen Form haben (für Details zu den einzelnen Kritikpunkten vgl. Poulantzas 1975: 66-75 *passim*).

Desweiteren widersprach Poulantzas der Vorstellung, dass jeder Schritt, den das Kapital in Richtung auf eine Internationalisierung nimmt, automatisch eine parallele „Supranationalisierung“ der Staaten zur Folge hätte (1975: 70). Solch eine Schlußfolgerung erliege einem unakzeptablen Ökonomismus, der die entscheidenden politischen Vermittlungen des Prozesses der Internationalisierung und die politische Überdeterminierung der technisch-ökonomischen Staatsfunktionen verkenne (Poulantzas 1975, 1978). Ähnliche Argumente stehen hinter seiner Ablehnung von Vorstellungen, die später in Debatten um den Begriff einer „grenzenlosen Welt“ diskutiert wurden (Ohmae 1990).

Dass Poulantzas die Idee eines supranationalen Staates genauso ablehnte wie Vorstellungen von einer grenzen- und staatenlosen Welt, wirft die Frage auf, wie er die damals aktuelle Rolle des Nationalstaates sah. Hierzu ist

zunächst einmal anzumerken, dass Poulantzas diese Frage im Rahmen seiner allgemeineren Darstellung der Form und Funktionen des kapitalistischen Staates diskutierte. Dort finden sich drei zentrale Argumente, die für das Thema relevant sind. Erstens kennzeichnet den kapitalistischen Staat eine besondere Form der institutionellen Trennung von der kapitalistischen Ökonomie. Diese Trennung schränkt die Kapazität des Staates ein, effektiv in Kernbereiche des Produktionsprozesses zu intervenieren. Zweitens kann der kapitalistische Staat – obgleich seine institutionelle Form ihn dabei unterstützt, die herrschenden Klassen politisch zu organisieren und die unterworfenen Klassen organisatorisch zu schwächen – den Klassenkampf niemals völlig eindämmen. Drittens werden die drei grundlegenden Funktionen des kapitalistischen Staates – die technisch-ökonomische, die im engeren Sinne politische⁴, und die ideologische Funktion – immer mit Rücksicht auf weitergehende Implikationen und Rückwirkungen auf die allgemeine (oder globale) politische Staatsfunktion ausgeübt. Letztere besteht darin, für die Aufrechterhaltung sozialer Kohäsion in einer klassengespaltenen sozialen Formation zu sorgen (1973b; 1978). Poulantzas zufolge wirken sich die verändernden Formen der Internationalisierung auf jeden dieser drei Aspekte aus.

Erstens berühre der Internationalisierungsprozess die Formen der Trennung zwischen Staat und Ökonomie – ihre jeweiligen sozialen Räume und strukturellen Verkopplungen werden neu bestimmt. Die Unterscheidung zwischen Staatseingriffen in die erweiterte Reproduktion der allgemeinen Produktionsverhältnisse und direkten ökonomischen Eingriffen des Staates, die für den Konkurrenzkapitalismus noch gegolten habe, verliert im Monopolkapitalismus (oder Imperialismus) Poulantzas zufolge ihre Bedeutung, da hier die verschiedenen politischen und ökonomischen „Bedingungen“ der Produktion selbst zu einem Teil des Prozesses der Inwertsetzung und erweiterten Reproduktion des Kapitals werden (1975: 147, 89). Dies spiegelt sich in einer charakteristischen Politisierung von früher (und formell weiterhin) außerökonomischen Bereichen sowie in verstärkten Staatseingriffen in diese Sphären wider (1975: 89). Im Konkurrenzkapitalismus seien die im engeren Sinne ökonomischen Staatsfunktionen noch stärker den allgemeineren repressiven und ideologischen Funktionen untergeordnet gewesen und hätten daher leicht an die sich verändernden Anforderungen der Kapitalakkumulation angepasst werden können. Im Monopolkapitalismus würden dagegen die politischen und ideologischen Staatsfunktionen selbst eine unmittelbare ökonomische Bedeutung für die Reproduktion der Produkti-

4 Die im engeren Sinne politischen Funktionen betreffen jene Staatsaktivitäten, die die materielle und symbolische Reproduktion sowie den institutionellen Zusammenhalt des Staates als ein Ensemble von verschiedenen Zweigstellen und Apparaten mit unterschiedlichen territorialen Dimensionen sichern sollen.

onsverhältnisse gewinnen. Folglich werde es für den Staat immer schwerer, sein Handeln mit den allgemeineren Anforderungen – für die Aufrechterhaltung politischer Klassenherrschaft und sozialer Kohäsion zu sorgen – in Einklang zu bringen und nicht den immer stärker werdenden ökonomischen Imperativen nachzugeben (1975; 1978: 162f).

Zweitens hätten die Internationalisierungsprozesse das Gleichgewicht der Klassenkräfte verändert – hauptsächlich durch die Herausbildung einer internen Bourgeoisie, die aufgrund ihrer unterschiedlichen Einfügung in die imperialistischen Kette intern gespalten sei. Dies bedeutet, dass Nationalstaaten heute nicht nur mehr gegenüber ihren national-verankerten Kapitalen in der Verantwortung stehen, sondern auch die Interessen von anderen Kapitalen, die mit jenen auf die eine oder andere Weise verbunden sind, berücksichtigen müssen. Die hieraus resultierende Disartikulation und Heterogenisierung des Machtblocks erklärt für Poulantzas auch „den schwachen, verschiedentlich schubweisen Widerstand der europäischen Staaten gegenüber dem amerikanischen Kapital“ (1975: 68).

Und drittens würden die Internationalisierungsprozesse auch die straffere Unterordnung der drei besonderen Staatsfunktionen unter das übergeordnete Ziel, Gegentendenzen zum tendenziellen Fall der Profitrate zu mobilisieren, beinhalten (1978: 153). Dies wiederum erschwere die erfolgreiche Umsetzung der allgemeinen politischen Funktion des Staates, für sozialen Frieden zu sorgen. Ökonomische Staatsfunktionen würden politisiert, so dass der Staat sich nicht länger erfolgreich als eine über den sozialen Klassen stehende, neutrale politische Instanz präsentieren kann. Dem Wesen des Staates immanente Krisentendenzen werden intensiviert, was eine permanente Krise politischer Instabilität und sinkender Legitimität zur Folge habe (1978: 194; 222-23).

„Die Ideologie der Globalisierung“

Im letzten Abschnitt zu Poulantzas eigener Argumentation will ich seine Reaktion auf die Idee der Globalisierung betrachten. Poulantzas ging bei seiner Kritik am ideologischen Begriff „Globalisierung“ (zugegebenermaßen bevor er so populär wurde wie heute) davon aus, dass dieser den zeitgenössischen Kapitalismus so behandelt, als ob es eine einzige „weltkapitalistische Produktionsweise“ gäbe. Dies wiederum legt die Behandlung sozialer Formationen als bloß räumliche Konkretisierungen dieser „weltkapitalistischen Produktionsweise“ nahe, wobei Unterschiede zwischen den Formationen unbedeutend erscheinen oder auf eine temporär ungleiche Entwicklung reduziert werden. Hiergegen argumentierte Poulantzas, dass „die Ideologie der Globalisierung“ (1975: 46) dahin tendiere, die Existenz der imperialistischen Kette zu leugnen und fügte hinzu, dass „ungleiche

Entwicklung ... *die konstitutive Reproduktionsform* der kapitalistischen Produktionsweise“ (1975: 46) sei.

Diese allgemeine Kritik spiegelt sich in drei spezifischen Argumentationslinien wider, die auch gegen aktuelle Mystifizierungen der Globalisierung gerichtet werden können. Die erste betrifft den angeblichen Niedergang der Macht der Nationalstaaten angesichts der Globalisierung. Dies ist ein Feld, auf dem Poulantzas bekannte und äußerst problematische Behauptung, dass der Staat keine eigene Macht besäße (sie wurde zum ersten Mal in *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen* formuliert), eine wirkliche Spitze hat. Denn Poulantzas zufolge ist Staatsmacht notwendigerweise über zwei zentrale Mechanismen mit Klassenmacht verbunden. Eine bestimmte Klassenorientierung ist immer schon in die institutionellen Formen des Staates und deren Einbindung in die kapitalistische Produktionsweise eingeschrieben. Und die Macht dieser Formen wird niemals von staatlichen Akteuren allein ausgeübt. Sie wird immer in einem bestimmtem, aber historisch offenen Zusammenspiel von Klassenkämpfen aktiviert – und zwar im Staat, um den Staat herum, und auch mit Abstand zum Staat. Diese Kämpfe beeinflussen zwangsläufig die Art und Weise in welcher die besonderen und die allgemeinen Funktionen des Staates ausgeübt werden. Hieraus folgt, dass wenn der Staat – in den Grenzen, die durch seine Trennung vom Kern des Produktionsprozesses vorgegeben sind – angesichts dieser oder jener Klassen bzw. Klassen(fraktion) als machtlos erscheint, dies mit der Reproduktion von Klassenwidersprüchen innerhalb des Staatsapparates selbst zusammenhängt. Folglich hat für Poulantzas die Unfähigkeit von Nationalstaaten, die Weltmärkte zu kontrollieren, viel weniger mit einer angeblichen „Unregierbarkeit“ des nicht mehr lokalisierbaren globalen Kapitals zu tun als mit wirklichen Klassenwidersprüchen in den nationalen Machtblöcken, die nun verstärkt selbst durch den Prozess der Internationalisierung geformt werden. Wenn wir uns zum Beispiel fragen, warum noch keine Übereinkunft über eine „Tobin-Steuer“ zur Reduktion der globalen Spekulationsflüsse von „hot money“ erreicht wurde, was schließlich auf Kosten stabiler Reproduktionsbedingungen für den produktiven Sektor geht, so findet man die Antwort darauf eher in den internen Widersprüchen des Kapitals selbst als in der Unmöglichkeit einer staatlichen Kontrolle des Finanzkapitals.

Die zweite Argumentationslinie betrifft die relative Autonomie der Nation. Für Poulantzas bleiben nationale Gesellschaftsformationen bedeutsam, weil sie die „wesentlichen Orte der Reproduktion und der ungleichen Entwicklung sind ... und zwar in dem Maße, wie sich weder die Nation, noch das Verhältnis Staat und Nation auf einfache ökonomische Bedingungen reduzieren lassen. Die Nation bewahrt in der ganzen Komplexität ihrer Bestimmung – ökonomische, territoriale, sprachliche, an die ‚Tradition‘ gebundene symbolisch-ideologische Einheit – ihre eigene Wesenhaftigkeit

hinsichtlich der ‚nationalen Formen‘ des Klassenkampfes, wobei das Verhältnis Staat und Nation auf diesem Umweg erhalten bleibt“ (1975: 72).

Obwohl Poulantzas Argumentation bezüglich der Nation in bestimmten Momenten zum Klassenreduktionismus neigt, ist es doch bemerkenswert, in welchem Ausmaß „Nation“ ein Bezugspunkt für ökonomische, politische, und ideologische Kämpfe bleibt. Poulantzas selbst bemerkte hierzu, dass der Nationalismus nicht nur die Position des Nationalstaates in Beziehung zur Internationalisierung und zu jedem potentiellen „Superstaat“ beeinflusst, sondern auch dem populären Widerstand gegenüber der Internationalisierung sowie der erstarkenden Tendenz des autoritären Etatismus eine Form gibt.

Das dritte Argument betrifft jene Analysen „starker“ und „schwacher“ Ökonomien, die „die Frage der innerimperialistischen Widersprüche in Form von ‚Wettbewerbsfähigkeit‘ und ‚Konkurrenz‘ der nationalen Volkswirtschaften aufwerfen“ (1975: 78). Obwohl Poulantzas diese Fragen hauptsächlich unter Bezugnahme auf makroökonomische Begriffe (wie Wachstumsraten) diskutierte, was dem zur Zeit modischen angebotsorientierten Diskurs zuwiderläuft, ist seine Kritik an der „futuologischen“ Tendenz der Debatte, von kurzlebigen Trends auf das Allgemeine zu schließen und die Effekte des Klassenkampfes zu vernachlässigen, immer noch richtig. Poulantzas zufolge ist das wirkliche Problem nicht im Sinne einer ganzen Reihe von besonderen Krisen der nationalen Konkurrenzfähigkeit zu fassen, sondern betrifft eine allgemeine Krise des Imperialismus (zugegebenermaßen unter US-Hegemonie) (1975: 78). Diese, das ganze imperialistische System betreffende Krise ist nicht auf eine Krise der US-Hegemonie (über ein ansonsten stabiles System) reduzierbar und kann folglich auch nicht auf das US-Kapital beschränkt bleiben. Wenn dem so wäre, würden sich andere nationale Kapitale wahrscheinlich auch viel eher dazu hinreißen lassen, populistische Kämpfe gegen den US-Imperialismus zu führen, um ihre eigenen Interessen im inner-imperialistischen Konflikt durchzusetzen. Für Poulantzas besteht der grundlegende Widerspruch in Europa nicht zwischen bestimmten nationalen Ökonomien und der Dominanz der USA, sondern zwischen der Masse der Bevölkerung einerseits, den eigenen Bourgeoisien und den eigenen Staaten andererseits (1975: 78-79). Dieses Argument ist deshalb interessant, weil es auf die aktuelle Situation verweist, in der die Betonung „internationaler Konkurrenzfähigkeit“ als Rechtfertigung dafür herhalten muß, die in der Vergangenheit erkämpften ökonomischen und sozialen Fortschritte wieder zurückzunehmen.

Einige kritische Bemerkungen

Man kann Poulantzas Sichtweise der Internationalisierung und des Nationalstaates unter drei Aspekten kritisieren: (a) inwiefern sein allgemeiner

Ansatz der Kritik der politischen Ökonomie angemessen ist; (b) inwiefern seine allgemeine Analyse der Beziehung zwischen politischer Macht und sozialen Klassen im zeitgenössischen Kapitalismus zutreffend ist; und (c) bezüglich seiner spezifischen Darstellung der damaligen Phase des Imperialismus und den daraus resultierenden Implikationen für den Nationalstaat in Europa.

Was die Kritik der politischen Ökonomie angeht, lieferte Poulantzas meiner Ansicht nach überzeugende Argumente dafür, dem kapitalistischen Produktionsprozess bei der Bestimmung der allgemeinen Dynamik des Kapitalismus Vorrang einzuräumen. Er nahm die Problematik der Inwertsetzung von Kapital ernst und bezog sie auf die erweiterte Reproduktion der sozialen Klassen. Hier stellte er heraus, dass die Analyse der sich aus dem Kapitalzusammenhang ergebenden „Notwendigkeiten“ in Zusammenhang mit Klassenbeziehungen und Klassenkämpfen gesehen werden müssen – ein Grundsatz, der heute noch genauso gilt wie damals. Folglich erscheinen Veränderungen in den Staatseingriffen bei Poulantzas immer als Vermittlungszusammenhang, der das Verhältnis der Klassenkräfte und das Problem der Aufrechterhaltung politischer Klassenherrschaft betrifft. Auch seinen Reflexionen hinsichtlich der sich verändernden Trennung von ökonomischen und politischen Bereichen können einige wichtige theoretische Hinweise entnommen werden. Poulantzas betonte auch die Bedeutung der Nation und des Nationalstaates für den Akkumulationsprozess – insofern die weltweite Ausweitung des Kapitalverhältnisses notwendigerweise die Form der ungleichen Entwicklung des inter- und transnationalisiertem Kapitals annimmt. In der Praxis schenkte Poulantzas dem Arbeitsprozess selbst jedoch kaum Aufmerksamkeit: statt dessen untersuchte er die sich verändernden Beziehungen zwischen den ökonomischen Eigentümern innerhalb sowie zwischen den verschiedenen Einheiten der Produktion und der ökonomischen Entscheidungszentren. In diesem Sinne blieb Poulantzas, trotz seiner Kritik an verengten Begriffen des Ökonomischen und der Klassenbeziehungen, gewissen Formen des Ökonomismus und des Klassenreduktionismus verhaftet (vgl. ausführlich Jessop 1985).

Was seine Analyse der Beziehung von politischer Macht und sozialen Klassen betrifft, analysierte Poulantzas den Staat zurecht als eine soziale Beziehung: eine durch seine Form bestimmte Kondensation des sich verändernden Gleichgewichts der Klassenkräfte. Dies impliziert, dass der Staat keine eigene von der Gesellschaft unabhängige Macht besitzt, die entweder mit dem Kapital verschmelzen (wie in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus oder als Galbraithsche „Technostruktur“) oder aufgrund der wachsenden Gegenmacht des globalen Kapitalismus ausgelöscht werden kann (Poulantzas 1978). Diese Sichtweise erlaubte eine neuartige und interessante Betrachtung von beidem, der relativen Einheit der

Staatsapparate und der grundsätzlichen Grenzen ihrer Kapazitäten in einer rationalen, kohärenten, und systematischen Weise in Sinne eines Machtblocks zu funktionieren. Dies ist, wie ich schon weiter oben ausgeführt habe, sehr hilfreich, um Staatsaktivitäten in Beziehung zum Internationalisierungsprozess zu setzen und den angeblichen Souveränitätsverlust des Staates angesichts von Globalisierungsprozessen zu untersuchen. Poulantzas neigte allerdings auch bei seiner Diskussion der relativen Autonomie des kapitalistischen Staates zu einer funktionalistischen Betrachtungsweise. Dies hängt damit zusammen, dass er die relative Autonomie des Staates auf zwei Funktionen, Organisation der dominanten Klasse(n) und Desorganisation der beherrschten Klassen, einschränkte, und wirkliche Macht des Staates nur aus den wechselnden Kräfteverhältnissen der politischen Klassen ableitete. Er tendierte auch dazu, Aspekte des Staates zu ignorieren, die nicht auf den Kapitalismus zurückführbar waren, und die Bedeutung von anderen sozialen Kräften als Klassenkräften herunterzuspielen.

Was seine Sichtweise der damaligen Phase des Imperialismus angeht, so war sie vor allem durch die zeitgenössischen Entwicklungen und Konflikte innerhalb des Fordismus bestimmt. Sie war vor allem darauf gerichtet, im imperialistischen Block in Europa die vorrangige Bedeutung von Spaltungen zwischen dem US-amerikanischen und den anderen Kapitalen aufzuweisen. Auch sollte gezeigt werden, wie sich die Hegemonie des amerikanischen Kapitals innerhalb jeder nationalen Ökonomie, jedem Machtblock und jedem Staat reproduziert. Obwohl die andauernde Dominanz des US-Kapitals und des amerikanischen Staates auch in einer angeblich „triadischen“ Welt kaum zu bestreiten ist, so ist doch anzumerken, dass die europäischen und (ost)asiatischen Kapitale gegenüber dem amerikanischen Kapital immer stärker aufholen. Darüberhinaus reflektieren die internen Widersprüche und Konflikte innerhalb der nationalen Machtblöcke in Europa inzwischen auch die strukturelle und konjunkturellen Beziehungen mit Asien wie auch mit Amerika sowie die Verflechtungen innerhalb Europas. Inzwischen sind die Formen von Besitz und ökonomischer Macht komplexer, flexibler, netzwerkförmiger und auch internationaler geworden als dies Poulantzas, der die einsetzende Krise des Fordismus vor Augen hatte, antizipieren konnte. Zum Teil könnte dieser Mangel aber auch mit seinem Verständnis der Krise des Fordismus zusammenhängen, die er als andauernde systemische Krise *des* Imperialismus als Ganzem verstand (und nicht als eine möglicherweise temporäre Krise innerhalb des Imperialismus).

2. Die Zukunft des Nationalstaates: 25 Jahre später

Nach der Zusammenfassung und kurzen Kritik an Poulantzas Analysen, will ich mich nun der Frage zuwenden, in welcher Beziehung die verän-

dernden Formen und Funktionen des Nationalstaates zur gegenwärtigen Phase des Imperialismus stehen. Hierbei werde ich wie Poulantzas davon ausgehen, dass Internationalisierung (oder Globalisierung) einen Prozess darstellt, für den die „ungleiche Entwicklung“ der „imperialistischen Kette“ grundlegend ist. Aber ich werde von seinem Ansatz dadurch abweichen, dass ich dem komplexen und zum Teil verworrenen Zusammenspiel der unterschiedlichen räumlichen Dimensionen, in denen Akkumulation stattfinden kann, mehr Aufmerksamkeit schenke. Insbesondere werde ich mich im Vergleich zu Poulantzas, der auf die Nation fixiert war und der Spaltung zwischen den USA und allen anderen imperialistischen Mächten eine vorrangige Bedeutung einräumte, stärker mit lokalen und regionalen Räumen, grenzübergreifenden und interregionalen Beziehungen auf subnationaler Ebene und den sich herausbildenden supranationalen Machtblöcken beschäftigen. Denn obwohl ich wie Poulantzas davon ausgehe, dass der Staat eine soziale Beziehung ist, möchte ich detaillierter untersuchen, welche Auswirkungen die Trennungslinie zwischen „Öffentlichem“ und „Privatem“ für die Organisation und das Handeln des Staates sowie für vergleichbare Machtnetzwerke hat.

Die Re-Artikulation des Ökonomischen und des Politischen

Poulantzas hatte schon in *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen* argumentiert, dass „Wohlfahrtsstaat“ ein Begriff sei, der „nur eine verschleierte Bezeichnung für eine Art ‚Sozialpolitik‘ ist, die ein kapitalistischer Staat im Stadium des staatsmonopolistischen Kapitalismus betreibt“ (1974: 191). Der Wohlfahrtsstaat illustriert für ihn ein allgemeineres Phänomen, dass nämlich „*der Staat massive Eingriffe vornimmt, um das System angesichts der drohenden Vergesellschaftung der Produktivkräfte anzugleichen und anzupassen*“ (1974: 272; im Original kursiv). Später betonte er, dass der Wohlfahrtsstaat weder wirklich als Sozialpolitik, noch einfach in Begriffen von Konzessionen an die Arbeiterklasse verständlich wird. Denn er übernimmt einen Teil der allgemeinen Staatsaufgabe, die Machtverhältnisse zum Vorteil der erweiterten Reproduktion des Kapitals zu verschieben (Poulantzas 1975: 161ff).

Die zwei unausgesprochenen Annahmen hinter diesen allgemeinen Behauptungen über das Wesen der Sozialpolitik im zeitgenössischen Kapitalismus waren die anhaltende Dominanz des Fordismus und die Existenz des nationalen keynesianischen Wohlfahrtsstaates. Poulantzas Darstellung der damaligen Phase des Imperialismus war von diesen beiden eng miteinander verknüpften Erscheinungen geprägt. Dagegen möchte ich die These stellen, dass die Krise des Fordismus und die andauernde Suche nach einem stabilen „postfordistischen“ Akkumulationsregime mit der Krise jenes Wohl-

fahrtsstaates, den Poulantzas kannte, und mit der tendenziellen Herausbildung eines neuen wohlfahrtsstaatlichen Regimes zusammenhängt. Berücksichtigt man diesen Zusammenhang, der für Poulantzas noch nicht deutlich wurde, dann läßt sich vermuten, dass eine weitere Re-Artikulation der ökonomischen und politischen Räume in der erweiterten Reproduktion des Kapitalismus stattgefunden hat. Diese Transformation der Trennung von Ökonomie und Politik kann als tendenzieller Übergang vom *nationalen keynesianischen Wohlfahrtsstaat* (im weiteren NKWS) zum *postnationalen schumpeterianischen Workfare Regime* (im weiteren PSWR) zusammengefasst werden. Diese gegensätzlichen Formen unterscheiden sich vor allem bezüglich der Inwertsetzung von Kapital und der Reproduktion von Arbeitskraft (vgl. für die folgenden Bemerkungen Jessop 1993, 1994, 1995). Wie Poulantzas selbst bemerkte, versuchten die metropolitanen kapitalistischen Staaten im Zuge der Konsolidierung des Imperialismus in den Nachkriegsjahren, Zirkulation und Konsumtion wie auch den Produktionszyklus zu organisieren. Ihre Maßnahmen zielten darauf, Gegentendenzen zur fallenden Profitrate zu mobilisieren. Poulantzas erkannte, dass der Staat nicht nur über die Bereitstellung von Infrastruktur in die Ökonomie eingriff, sondern auch über monetäre Steuerungsmechanismen (1978: 164-65); und dass sich die Staatseingriffe in die Sphäre der Konsumtion stärker auf die kollektive als auf die individuelle Konsumtion bezogen (1978: 164). Diese Rollen entsprechen dem keynesianischen und dem wohlfahrtsstaatlichen Aspekt des NKWS. In beiden Staatsfunktionen drückt sich der fordistische Charakter der Produktionsweise aus. Ökonomisch bezog sich der NKWS auf die Sicherung der Vollbeschäftigung in relativ geschlossenen nationalen Ökonomien, hauptsächlich durch die Steuerung der Nachfrageseite und durch die Regulation kollektiver Lohnverhandlungen. Sozial bezog er sich auf die Ankurbelung von Formen kollektiver Konsumtion, die eine fordistische Wachstumsdynamik abstützten, bestimmte Normen der Massenkonsumtion verallgemeinerten und die Teilhabe aller Bürger an den Früchten des ökonomischen Wachstums ermöglichten. Politisch stand die Sicherung der außerökonomischen Reproduktionsbedingungen sowie die nationale Steuerung der fordistischen Wachstumsdynamik im Mittelpunkt. Demgegenüber beinhaltet das sich herausbildende PSWR deutlich unterschiedliche Staatsaktivitäten sowie eine Verschiebung der Orte, Dimensionen, und Modalitäten ihrer Bereitstellung. Das PSWR setzt ökonomisch auf die Förderung von Flexibilität und ständiger Innovation im Rahmen offener Volkswirtschaften. Es tut dies, indem es auf der Angebotsseite interveniert und so weit als möglich die Konkurrenzfähigkeit der relevanten ökonomischen Räume stärkt. Dies beinhaltet eine fundamentale Redefinition des „ökonomischen Raumes“, insofern die „strukturelle“ oder „systemische“ Konkurrenzfähigkeit nicht mehr nur auf einer Reihe von bekannten öko-

nomischen Faktoren beruht, sondern auch eine ganze Reihe von außerökonomischen Faktoren einbezieht. Ökonomische Strategien beschäftigen sich verstärkt mit der sozialen und kulturellen Einbettung von Innovation und Konkurrenzfähigkeit, um diese als Ressource zu mobilisieren. In diesem Sinne kann die neue Regulationsweise als tendenziell schumpeterianisch bezeichnet werden.

Auch die Sozialpolitik ist von diesen Veränderungen betroffen. Denn obwohl in den verschiedenen nationalen Formationen unterschiedlich starke „Auflösungs- und Konservierungseffekte“ des alten NKWS bestehen, läßt sich doch in allen Staaten die deutliche Tendenz feststellen, dass Sozialpolitik den diskursiv konstruierten „Notwendigkeiten“ der Konkurrenzfähigkeit und der Flexibilität des Arbeitsmarktes unterworfen wird (Jessop 1995). Dieser Trend spiegelt sich in der steigenden Bedeutung von sozialstaatlichen „Workfare“-Policies wider – die nicht ausschließlich in neoliberalen Begriffen verstanden werden sollten, sondern alle Formen der Unterordnung von Sozialpolitik unter angebliche ökonomische Imperative umfassen. Außerdem wird der Soziallohn heute immer mehr als Kostenfaktor für die Produktion und weniger als Quelle inländischer Nachfrage gesehen. Dies führt zu Bestrebungen, die Sozialausgaben dort zu reduzieren, wo diese nicht direkt der Erhöhung von Flexibilität und Konkurrenzfähigkeit dienen. Die „Workfare“-Policies stellen auch Versuche dar, jene wohlfahrtsstaatlichen Rechte zurückzunehmen, die in den Nachkriegsjahren als Klassenkompromisse etabliert wurden.

Die Veränderungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die mit der Verschiebung vom NKWS zum PSWR verbunden sind, haben dazu geführt, die vorrangige Stellung des Nationalstaates als Ort der Umsetzung von besonderen Staatsfunktionen, die im Interesse der Kapitalakkumulation ausgeübt werden, auszuhöhlen. Der steigende Druck, Maßnahmen im unmittelbaren und deutlich sichtbaren Interesse des Kapitals zu ergreifen, verstärkt die Probleme des Nationalstaates, seine politische Legitimität zu sichern und zwischen den unterschiedlichen Interessen in einer klassengespaltenen Gesellschaft zu vermitteln (Poulantzas 1975, 1978). Eine Antwort auf dieses Dilemma lautet, die Krise zu verschieben: insbesondere durch die Verlagerung von Staatsfunktionen auf unterschiedliche Ebenen der politischen und ökonomischen Organisation (das postnationale Moment des PSWR) und/oder durch die Umstellung des Staatsinterventionismus auf andere Modalitäten (das Regime-Moment des PSWR). Eine andere Antwort ist die Stärkung des „autoritären Etatismus“ und die Konzentration von Macht im Zentrum (Poulantzas 1978). Trotz dieser zweiten Antwort scheint Poulantzas These, dass der Nationalstaat im zeitgenössischen Kapitalismus weiterhin die vorrangige Stellung einnimmt, auf das *postnationale schumpeterianische Workfare Regime* (im Vergleich zum *nationalen key-*

nesianischen Wohlfahrtsstaat) nur noch sehr eingeschränkt zuzutreffen. Ob seine These dennoch auf die eine oder andere Weise zu retten ist, soll in den nächsten beiden Abschnitten diskutiert werden.

Die Transformation von Staatlichkeit

Der folgende Abschnitt entwickelt drei zusammenhängende Thesen zu den Entwicklungstendenzen in der Organisationsform des Staates (vgl. Jessop 1997 für eine detailliertere Diskussion dieser Fragen). Mit der Vorstellung dieser Thesen beabsichtige ich nicht, die Leistungen von Poulantzas geistreicher Analyse der Ausbreitung des autoritären Etatismus zu schmälern – diese erscheint mir, um die Transformation derjenigen ökonomischen und politischen Räume des Nationalstaates zu verstehen, die einst vom Fordismus geprägt waren, sogar relevanter als je zuvor. Es sollen lediglich bestimmte Veränderungen hervorgehoben werden, die Poulantzas Sichtweise des autoritären Etatismus komplizieren und die darin implizierte Behauptung relativieren, dass sich der Nationalstaat in seinem Nachkriegsgewand zu einem bleibenden Wesensmerkmal des Kapitalismus entwickelt hat.

Erstens läßt sich ein allgemeiner Trend in Richtung auf die De-Nationalisierung des Staates (oder besser, von Staatlichkeit) feststellen. Dieser strukturelle Trend spiegelt sich empirisch in der „Aushöhlung“ des nationalen Staatsapparates wider, da alte und neue Staatsaktivitäten territorial und funktional auf subnationale, supranationale, und translokale Ebenen verlagert werden. Es gibt also fortwährende Bewegungen von Staatsmacht aufwärts, abwärts, und seitwärts. Diese Bewegungen stellen Versuche von staatlichen Kräften dar, ihre jeweilige operationale Autonomie und strategische Kapazität um unterschiedliche territoriale Dimensionen zu erweitern. Ein Aspekt dieses Trends ist der *de jure* Souveränitätsverlust von Nationalstaaten in bestimmten Angelegenheiten, da Gesetzgebungs- und/oder Entscheidungsmacht auf supranationale Körperschaften verlagert werden. Dieser Trend ist in der EU offensichtlich, betrifft aber auch die NAFTA und andere regionale Blöcke. Ein anderer Aspekt ist die Dezentralisierung von Autorität auf untergeordnete Ebenen der territorialen Organisation und/oder die Entwicklung von sogenannten „intermestischen“⁵ (inter-lokalen, aber transnationalen) Policy-Regimes. Dass dieser Trend nicht mit der Herausbildung eines „globalen Staates“ oder eines einzigen „Weltstaates“ gleichzusetzen ist, dafür lassen sich bei Poulantzas gute Argumente finden.

Der *zweite* Trend läuft darauf hinaus, dass das politische System nicht so statisch bleibt wie bisher, was mit der Verschiebung von Government zu Governance zusammenhängt. Dieser Trend spiegelt sich auf allen mögli-

5 Der Begriff "intermestisch" stammt von Duchacek et al (1988) und bezieht sich auf ein sich ausweitendes Gebiet von internationalen Beziehungen zwischen lokalen Körperschaften.

chen Ebenen (supranationalen, lokalen und regionalen, aber auch auf trans-territorialen und inter-lokalen Feldern) wider. Die offiziellen Staatsapparate nehmen sich bei der Sicherung staatlich unterstützter Projekte und politischer Hegemonie verstärkt zurück und es kommt zu einer Bewegung in Richtung auf Partnerschaften zwischen staatlichen, para-staatlichen, und Nicht-Regierungsorganisationen, bei welchen der Staatsapparat oft nur Erster unter Gleichen ist. Dies beinhaltet staatlicherseits die schwierige Kunst der Steuerung einer Menge von Agenturen, Institutionen, und Systemen, die sowohl autonom voneinander agieren wie auch strukturell durch verschiedene Formen wechselseitiger Abhängigkeit miteinander verkoppelt sind. Hieraus allerdings zu folgern, dass der Staat angesichts der Expansion von Nicht-Regierungsorganisationen überflüssig wird, hieße einem falschen Eindruck erliegen. Denn der Staat ist nicht nur ein wichtiger Spieler in vielen einzelnen dieser Governance-Mechanismen, er behält auch die Verantwortung für die übergeordnete Koordination und Steuerung der Regime im Hinblick auf den Ausgleich der Klassenkräfte und die Organisation des sozialen Friedens. Auf den letzteren Punkt hat Poulantzas vielfach hingewiesen (Poulantzas 1974, 1978).

Drittens gibt es einen komplexen Trend in Richtung auf eine Internationalisierung von Policy-Regimen. Der internationale Kontext von innenpolitischem Staatshandeln hat sich erweitert und schließt eine wachsende Reihe von außerterritorialen oder transnationalen Faktoren und Prozessen ein; und er hat auch an strategischer Bedeutung für die Innenpolitik gewonnen. Die Policy-Regime erweitern sich und dienen ausländischen Einrichtungen und Institutionen als Quellen für Policy-Ideen, Policy-Designs und ihre Umsetzung (Gourevitch 1978; Doern/Pal/Tomlin 1996). Dieser Trend spiegelt sich in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wider, wo sich Staaten immer stärker an einer im weiteren Sinne gefassten „internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ orientieren. Dieser Trend würde Poulantzas natürlich nicht überraschen; er ist vielmehr eine exzellente Illustration seiner eigenen Argumentation über die Rolle der inneren Bourgeoisie und die zunehmende Bedeutung des Nationalstaates bei der Umsetzung des Prozesses der Internationalisierung. Dennoch ist festzuhalten, dass dieser Trend auch den lokalen und regionalen Staat unterhalb der nationalstaatlichen Ebene, wie auch andere grenzübergreifende Beziehungen, betrifft.

Jede dieser Tendenzen ist mit Gegentendenzen verbunden, die ihre Bedeutung für die politische Klassenherrschaft und Kapitalakkumulation näher bestimmen wie auch verändern. Denn diese Gegentendenzen beinhalten eine komplexe Bezugnahme auf das, was Poulantzas als „Auflösungs- und Konservierungseffekte“ im Zusammenhang mit aufeinander folgenden Entwicklungsstufen des Kapitalismus beschrieben hat. Solche Effekte existieren insofern der Vergangenheit angehörende Formen und Funktionen des

Staates konserviert und/oder im Zuge der Transformation des Staates aufgelöst werden. Daher ist die tendenzielle Herausbildung eines PSWR – über verschiedene Sphären des Staatsinterventionismus und verschiedene nationale Formationen hinweg – mit verschiedenen typischen Auflösungs- und Konservierungseffekten des NKWS verbunden. Die Gegenteilstendenzen, auf die hier Bezug genommen wird, können als Reaktionen auf diese neuen Trends und weniger als Überbleibsel alter Muster verstanden werden.

Die Gegenteilstendenz zur De-Nationalisierung der Staatlichkeit ist darin zu sehen, dass die Nationalstaaten versuchen, die Kontrolle über die Artikulation der verschiedenen räumlichen Dimensionen in ihrer Händen zu behalten (Jessop 1997).

Die Gegenteilstendenz zur Ausbreitung von Governance-Systemen besteht darin, dass Regierungen verstärkt *Meta-Governance* betreiben. Interessanterweise sah Poulantzas in der „Entwicklung von parallel zum Staat verlaufenden Netzwerken öffentlicher, halböffentlicher oder paraöffentlicher Art, die nunmehr von den Spitzen des Staates inszeniert und osmotisch mit der herrschenden Partei verbunden werden, und deren Aufgabe es ist, die Kerne des Staatsapparates ... zu zementieren, zu vereinheltlichen und zu kontrollieren“ (1978: 221) ein Merkmal des autoritären Etatismus. Dieses Zitat weist auf die Ausweitung von Governance, aber auch auf das Ausmaß hin, zu welchem sich Governance im Schatten von Government entfaltet. Denn Regierungen (auf verschiedenen Ebenen) sehen ihre Rolle zunehmend darin, die Selbstorganisation von Partnerschaften, Netzwerken und Governance-Regimen zu organisieren. Zum Beispiel geben sie die Grundregeln für Governance vor oder sichern die Kompatibilität von verschiedenen Governance-Mechanismen und Regimen. Obwohl Poulantzas solche Staatsaufgaben nie im Detail diskutiert hat (er sprach immer nur von parallelen Staatsnetzwerken), gibt es gute Gründe dafür, sein allgemeineres Argument ernst zu nehmen, dass alle diese Staatsaufgaben nicht nur im Hinblick auf ihren Beitrag zu den besonderen Staatsfunktionen, sondern auch im Hinblick auf ihre Implikationen für die politische Klassenherrschaft wahrgenommen werden müssen.

Die Gegenteilstendenzen zur Internationalisierung von Policy-Regimen bleiben hingegen zweideutig. Die Versuche von konkurrierenden Nationalstaaten, die Entwicklung der internationalen Policy-Regime im Interesse ihrer nationalen Bourgeoisien zu beeinflussen, arbeiten der Internationalisierung von Policy-Regimen einerseits entgegen, andererseits unterstützen sie diese aber auch. Ein zweiter, ebenso zweideutiger Gegenteilstrend ist die „*Interiorisierung*“ von internationalen Policy-Restriktionen im Zuge ihrer Integration in die Policy-Paradigmas und kognitiven Modelle von einheimischen Politikern. Dieses Phänomen hat Poulantzas ausführlich diskutiert (1975, 1977,

1978). Allerdings sollte berücksichtigt werden, dass „*Interiorisierung*“ nicht nur auf die Ebene des Nationalstaates beschränkt bleibt: sie läßt sich auf lokalen, regionalen, grenzübergreifenden, und interregionalen Ebenen genauso feststellen wie in den Aktivitäten der sogenannten „unternehmerischen Städte“. Die „*Relativierung der Dimensionen*“ (Collinge 1996) macht die „*Interiorisierung*“ für alle Ebenen der ökonomischen und politischen Organisation bedeutsam.

Die anhaltende Bedeutung des Nationalstaates

Dieser Abschnitt setzt sich mit der grundsätzlichen Frage nach der Bedeutung des Nationalstaats auseinander, die auch Poulantzas beschäftigte: Poulantzas eigene Antwort war, dass der Nationalstaat unersetzbar wäre. Nun könnte man natürlich argumentieren, dass er den Nationalstaat in gewisser Hinsicht als sich „selbst-reproduzierend“ ansah.⁶ Mit meinen obigen Bemerkungen, die von einem Argumentationsrahmen ausgingen, der mit dem Ansatz von Poulantzas durchaus vereinbar ist, habe ich auf die Komplexität der Transformationsprozesse, denen der zeitgenössische Staat unterliegt, hingewiesen. Die vielfältigen Veränderungen, Trends, und Gegentendenzen, die dabei diskutiert wurden, laufen nicht darauf hinaus, den Nationalstaat als solchen grundsätzlich in Frage zu stellen. Die Veränderungen scheinen vielmehr auf eine Transformation jenes NKWS hinzuweisen, der ein zentrales Merkmal der europäischen Nachkriegsformation war, und auf den Poulantzas sein Hauptaugenmerk richtete. Solch eine Transformation der Staatsform und ihrer Funktionen schließt nicht aus, dass die „Nation“ als eine Matrix politischer Organisation bestehen und für den Nationalstaat von zentraler politischer Bedeutung bleibt.

Es kann sicherlich kein Zweifel darüber bestehen, dass der Nationalstaat, trotz (oder eigentlich wegen) der De-Nationalisierung, die auf die Krise des NKWS folgte, eine wichtige Ebene der politischen Mobilisierung bleibt. In diesem Zusammenhang läßt sich im Anschluß an Gramsci vorformulieren, dass sich der Staat *in seinem integralen Sinne* in und durch kontinuierliche Veränderungen in der Artikulation von Government und Governance reproduziert. Dies spiegelt das „Teile-System“-Paradox wider, das den Kern des modernen Nationalstaates ausmacht. Denn während der Staat nur einer von mehreren institutionell getrennten Ensembles in einer sozialen Forma-

6 Zur "Selbst-Reproduktion" kommt es, wenn die Krise einer Institution zu ihrer Ersetzung durch eine äquivalente Institution führt. In diesem Sinne führt die Eliminierung von Märkten zu schwarzen Märkten; und das Aussetzen des Parlamentarismus führt zu dem, was Gramsci als "schwarzen Parlamentarismus" bezeichnet hat (Gramsci 1971). Ebenso könnte man argumentieren, dass die Krise einer spezifischen Form des Nationalstaates zu seiner Selbst-Transformation oder Selbst-Reproduktion in einer neuen Form von Nationalstaat führt.

tion ist, trägt er doch in einzigartiger Weise die allgemeine Verantwortung dafür, den Zusammenhalt jener klassengespaltenen sozialen Formation aufrecht zu erhalten, von der er selber nur ein Teil ist (Jessop 1990: 360). Bei der Ausführung dieser Aufgabe muß er ständig über seine begrenzten strategischen Kapazitäten hinausgehen, um die institutionelle Integration und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu sichern, zu der er gehört. Dieses Paradox ist umgekehrt der Grund für ein strategisches Dilemma: denn wenn die Aufsplitterung von Staatsmacht dahin tendiert, die Einheit und Identität des Staates zu schwächen, so droht die Zentralisierung von Staatsmacht andererseits, die Effektivität des Staates auszuhöhlen (Offe 1987). In klassentheoretischen Begriffen gefaßt wird dieses Dilemma von Poulantzas anhand der wachsenden Komplexität der Formierung eines nationalen Machtblocks und der Probleme der Sicherung von Hegemonie über die Massen diskutiert (1974, 1975, 1978). In diesem Zusammenhang könnte man argumentieren, dass die Verschiebung von Government zu Governance eine Neuordnung der allgemeinen (oder „globalen“) Funktionen des Nationalstaates widerspiegelt: Der Staat hat heute die Verantwortung dafür übernommen, die Selbst-Organisation von sozialen Kräften zu organisieren, um weiterhin den „allgemeinen Willen“ und/oder das „öffentlichen Interesse“ zu repräsentieren. Dies würde eine Re-Artikulation des Staates in seinem integralen Sinne als „politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft“ bedeuten. Und solange wie supranationale politische Organisationsformen nur governmentale Macht und nicht auch einen bestimmten Grad an demokratischer Legitimität erhalten, die auf einer internationalen Form der Staatsbürgerschaft aufbaut, wird der Nationalstaat ein zentraler politischer Machtfaktor als höchste Instanz bürgerlich-demokratischer politischer Willensbildung bleiben. Wie er diese Rolle in Zeiten schnell voranschreitender Globalisierung, Triadisierung und Regionalisierung spielt, wird von der sich verändernden institutionellen Matrix und den Verschiebungen in den Machtverhältnissen abhängen.

3. Abschließende Bemerkungen

Poulantzas größte theoretische Leistung bestand in der Auffassung staatlicher Macht als einer sozialer Beziehung, die im und durch das Zusammenspiel zwischen der institutionellen Form des Staates und den sich verändernden politischen Kräfteverhältnissen reproduziert wird. Damit verbunden wurde die Einsicht, dass das Wesen des Staates als ein System *strategischer Selektivität* und das des politischen Kampfes als ein Feld von nach Hegemonie strebenden *konkurrierenden Strategien* zu begreifen sei. Mit diesem Ansatz versuchte Poulantzas dann, die sich verändernden Formen des Imperialismus und des Nationalstaates zu analysieren.

Aufbauend auf Poulantzas Arbeiten versuchte ich deutlich zu machen, dass sich seit den 70er Jahren die Beziehung zwischen den Internationalisierungsprozessen und dem Nationalstaat in verschiedenen zentralen Aspekten verändert hat. Erstens sind einige von den besonderen technisch-ökonomischen, politischen und ideologischen Funktionen des Nationalstaates auf andere Ebenen der Staatsorganisation verlagert worden. Diesen Prozess habe ich als De-Nationalisierung von Staatlichkeit bezeichnet. Zweitens teilt der Staat einige seiner besonderen Funktionen zunehmend mit anderen (para-staatlichen oder privaten) politischen Akteuren, institutionellen Arrangements, oder Regimen – oder verschiebt diese Funktionen sogar völlig dorthin. Dies habe ich als Verschiebung von Government zu Governance gekennzeichnet. Und drittens hat (wie schon Poulantzas erkannte) die Bedeutung des internationalen Kontextes für das innenpolitische Staatshandeln zugenommen; der nationale, regionale und lokale Staat und seine innenpolitischen Handlungsfelder wurden ausgedehnt und umfassen inzwischen eine ganze Reihe von exterritorialen sowie transnationalen Faktoren und Prozessen. Jede dieser drei Tendenzen bringt eine partielle Neubestimmung der besonderen Staatsfunktionen mit sich. Allerdings dürfen diese drei Tendenzen nicht isoliert, sondern stets nur in ihrer Interaktion betrachtet werden.

Ein Überstrapazieren der ersten Tendenz beinhaltet das Risiko, die besonderen Funktionen des sich in einer spezifischen Form befindlichen und in einer besonderen Periode agierenden Nationalstaates mit den allgemeinen (oder „globalen“) Funktionen zu verwechseln, die der kapitalistische Staat in jeder kapitalistischen Formation besitzt. Wie schon Poulantzas hervorhob, bleiben letztere Funktionen bis heute fest im Nationalstaat verankert. In diesem Sinne sollte „De-Nationalisierung“ als ein ungleichmäßiger Prozess betrachtet werden, der bestimmte Teile des Staates betrifft und der einem re-artikuliertem „Nationalstaat“ immer noch die Ausübung der allgemeinen Staatsfunktion überläßt. Auch kann sicher nicht davon ausgegangen werden, dass sich schon ein „supranationaler“ Staat herausgebildet hat, der die institutionellen Integrationsleistungen des Nationalstaates übernehmen könnte, was sich insbesondere in den Problemen der EU zeigt.

Ein einseitiger Blick auf die zweite Tendenz beinhaltet das Risiko, die Veränderungen in den spezifischen institutionellen Arrangements von bestimmten Regimen mit der Erosion des Staates in seinem integrealem Sinne zu verwechseln. Denn die tendenzielle Verschiebung von Government zu Governance bedeutet nicht unbedingt die systemische Schwächung der Staatsapparate und muß auch nicht mit der Schwächung der staatlichen Kapazitäten einhergehen. Viel wird davon abhängen, wie sich neue Governance-Mechanismen mit der Verfolgung von veränderten Staatszielen in neuen Zusammenhängen verknüpfen lassen und inwieweit es dem Staat ge-

lingt, seine Macht in die Gesellschaft zu projizieren. Ideologisch spiegelt sich dies in der neoliberalen Behauptung wider, dass ein überdimensionierter Staat ein schwacher Staat ist – was ausdrücken will, dass nur im Zuge der Einschränkung der Staatsaktivitäten auf solche, die der Staatsapparat allein vollbringen kann (und muß), auch gewährleistet bleibt, dass er jene effektiv ausführt.

Eine zu einseitige Auseinandersetzung mit der dritten Tendenz beinhaltet das doppelte Risiko, (a) die Art und Weise zu vernachlässigen, in welcher der Staat früher die Einordnung des nationalen ökonomischen Raumes in die weiter gefasste Ökonomie organisiert hat; und (b) die wirklichen Brüche zu verkürzen, die darin zu sehen sind, dass der Staat heute für die strukturelle Konkurrenzfähigkeit ökonomischer Räume zu sorgen hat. In der Nachkriegsperiode retteten amerikanische Hegemonie und intergovernmentale Kooperation den „Nationalstaat“. Und obwohl sich der NKWS im besonderen mit der makroökonomischen Steuerung von relativ geschlossenen Nationalökonomien befasste, tat er dies im Rahmen einer fordistischen Ökonomie, die eine Vielzahl von Nationen einschloß. Noch bedeutsamer ist vielleicht die Tatsache, dass sich auch kleine offene Ökonomien, trotz ihrer Abhängigkeit von Exporten, zur Aufrechterhaltung einer strukturellen Kohärenz ihrer nationalen Ökonomien entschieden. Sie erweckten den Eindruck, ihre nationalen Ökonomien zu steuern und sicherten sich so die Einheit des nationalen Machtblocks und die Zustimmung der breiten Bevölkerung, und dies trotz eines Internationalisierungsniveaus, von dem man heute sagen würde, dass es den Verlust der Souveränität bedeutet. Dies unterstreicht den von Poulantzas betonten Punkt, dass die Macht des Nationalstaates angesichts der Internationalisierung entscheidend von der Geschlossenheit des Machtblocks abhängt. Wenn Nationalstaaten heute gegenüber dem Finanzkapital und/oder dem Industriekapital machtlos erscheinen, könnte dies auch damit zu tun haben, dass induzierte inter-imperialistische und/oder inter-fractionelle Konflikte innerhalb dieser Staaten reproduziert werden.

Bezieht man schließlich diese Tendenzen, ob im einzelnen oder zusammen, nur auf Veränderungen innerhalb der Ökonomie, so riskiert man die Bedeutung von Politik ökonomistisch zu verkürzen (Evers 1994: 117). Dieser Fehler kann auf zwei Weisen auftreten. Selbst aus einer differenzierten ökonomischen Perspektive wäre es falsch, diese allgemeinen Tendenzen nur in Begriffen ökonomischer Veränderungen zu erklären, ohne davon Notiz zu nehmen, wie die letzteren zuerst einmal durch politische Auseinandersetzungen in Probleme des Staatshandeln übersetzt werden und ihre Lösung durch den strategisch selektiven Charakter des Staates vermittelt ist. Poulantzas hat uns auf diesen Fehler aufmerksam gemacht. Genauso falsch wäre es aber, von einer stärker staatszentrierten Perspektive aus anzuneh-

men, dass diese Tendenzen ausschließlich auf (politisch vermittelte) ökonomische Veränderungen zurückführbar sind. Denn es könnten auch politische Gründe *sui generis* sein, die staatliche Akteure und andere politische Kräfte dazu veranlassen, sich für institutionelle Umgestaltungen und strategische Reorientierungen einzusetzen (Jessop 1994).

Meine Schlußfolgerung lautet nun, dass die „erweiterte Reproduktion“ des Kapitalismus und seiner sozialer Klassen im einstigen ökonomischen Raum des Fordismus politisch nicht länger an den NKWS mit seinen lokalen Übersetzungen, seiner korporatistischen Ausrichtung und seinen internationalen Stützen gebunden ist. Der NKWS ist im stärker international und lokal orientierten Regime des PSWR re-lokalisiert worden. Die spezifischen Funktionen des letzteren sind auf verschiedene institutionelle Ebenen der territorialen Organisation verlagert worden und werden von einem erweiterten Kreis von funktional bedeutsamen (sowie politisch und ideologisch definierten) „Stakeholdern“ gemeinsam getragen. Dennoch wird die allgemeine politische Staatsfunktion weiterhin auf der Ebene des Nationalstaats ausgeübt, wenn auch innerhalb eines restrukturierten und re-orientierten politischen Ensembles. Somit unterscheiden sich die typischen Ausprägungen und wesentlichen Funktionen dieses Nationalstaates deutlich von denen des NKWS und auch der strategische Kontext des Staatshandelns hat sich entscheidend verändert.

Für die nähere Zukunft darf man in Europa höchstens eine Bewegung in Richtung auf ein *integrales ökonomisches* Regime erwarten, das daran orientiert ist, strukturelle Wettbewerbsfähigkeit und sozialen Ausgleich in einem europäischen ökonomischen Raum zu erreichen, der zusammen mit den anderen großen ökonomischen und politischen Mächten in der internationalen Ordnung definiert wird. Auf der höchsten Ebene wird dieses Regime eine öffentliche Macht beinhalten, die Merkmale eines „Kondominium“⁷ von zentralen Spielern im Rahmen von Governance-Mechanismen und eine Konföderation von nationalen Staaten kombiniert.

Folglich wird die supranationale öffentliche Macht einerseits nach Wegen suchen, diese in verschiedenen räumlichen Dimensionen angesiedelten und unterschiedliche Zwecke erfüllenden Governance-Mechanismen, die sich von unten her ausbreiten und auch von oben her eingeführt werden, selektiv zu koordinieren, um ihre schumpeterianische Workfare-Rolle zu optimieren. Andererseits wird sie Governance-Mechanismen auch dabei unterstützen, Macht über ihre eigenen organisatorischen und institutionellen

7 Das Konzept des Kondominium habe ich von Schmitter und seinen Kollegen ausgeliehen. Doch während diese Gruppe den Begriff auf die funktionale und nicht auf die territoriale Organisation der Gesellschaft bezieht, beziehe ich ihn hier auf Governance (im Gegensatz zu Government). In diesem Sinne ist mein Ansatz auch von Tömmel (1992, 1993) inspiriert.

Grenzen hinaus zu projizieren. Dies ist insbesondere aufgrund der aktuellen Ressourcendefizite und des noch eingeschränkt wirkungsmächtigen supranationalem Staatsapparates wichtig. Denn die Anstrengungen, ein Governance-Regime voranzutreiben, geht auf Kosten von Government, was dazu führen könnte, Nationalstaaten zu umgehen und/oder sich ihres Einverständnisses auf andere Weise zu versichern. Demgegenüber sollte klar sein, dass die Nationalstaaten selbst nicht nur zentrale Spieler in vielen Governance-Mechanismen sind (was bedeutet, dass die nationale Politik unweigerlich in die europäische Politik hineingezogen werden), sondern auch versuchen werden, diese Mechanismen auf der nationalen Ebene in einer Weise zu koordinieren, die möglicherweise den Präferenzen auf europäischer Ebene widerspricht (so dass die Europapolitik unweigerlich in die nationale Politik hineingezogen wird).

Außerdem bleibt die supranationale öffentliche Macht sowohl für ihre Legitimitätsbeschaffung wie auch bei der Umsetzung ihrer Europapolitik stark auf die Hilfe und die Zustimmung der Nationalstaaten angewiesen (Hirst/Thompson 1995). Auch die „*Interiorisierung*“ der Interessen des europäischen und/oder globalen Kapitals in die Akkumulationsstrategien und hegemonialen Projekte von Nationalstaaten (Poulantzas 1973b, 1975), lassen viel Raum für Konflikte darüber, wie mit diesen unterschiedlichen nationalen Projekten in einer sich verändernde internationalen Ordnung umzugehen ist. Und auch wenn das europäische Engagement für das Prinzip der Subsidiarität möglicherweise die lokalen und regionalen Staaten und ihre grenzübergreifenden Beziehungen stärkt, es beinhaltet auch eine zentrale Rolle für Nationalstaaten – insbesondere wenn diese eher zentralistisch als föderalistisch organisiert sind. Folglich bleibt der Nationalstaat, auch wenn sich seine *keynesianischen* und *wohlfahrtstaatlichen* Momente in der Krise befinden, als eine allgemeine *politische* Kraft von Bedeutung.

Um es kurz zu machen: die Zukunft des europäischen politischen Systems wird, in intensivierter Form, die Zukunft des Nationalstaates widerspiegeln. Beide sind den drei allgemeinen Tendenzen unterworfen, die ich oben ausgeführt habe. Denn auch das europäische politische System, auf das viele die wenig realistische Hoffnung gesetzt hatten, dass es sich als embryonaler europäischer Nationalstaat herausstellen würde, sieht sich heute einem verstärkten Druck ausgesetzt, sich auf eine Zukunft jenseits des Nationalstaates der Nachkriegsjahre einzustellen. Natürlich bringt das europäische politische System, ohne eine eigene institutionelle Tradition im Sinne eines wirklichen Nationalstaates, die gegenwärtigen Tendenzen der Re-Artikulation von ökonomischen und politischen Momenten der Kapitalverhältnisse deutlicher und transparenter zum Ausdruck. Aber gerade weil es ihm an dieser eigenen institutionellen Tradition fehlt, tendiert das europäische politische System auch dazu, sich in Krisensituationen auf reale Nati-

onalstaaten zu stützen, die ihm Legitimität leihen und die ihm bei der Policy-Umsetzung behilflich sind. Ob es gelingt aus solchen Paradoxien, Dilemmas und Widersprüchen auszubrechen, indem ein neuer „sozialer Gesellschaftsvertrag“ mit europäischer Dimension entwickelt wird, ist offen. Wenn dies jedoch gelingt, dann wird es sich um ein „de-nationalisiertes, Governance-orientiertes, schumpeterianisches Workfare Regime“ auf europäischer Ebene handeln.

Übersetzung aus dem Englischen von Volker Lorek

Literatur

- Collinge, Chris (1996): *Spatial articulation of the state: reworking social relations and social regulation theory*, Birmingham: Centre for Urban and Regional Studies, University of Birmingham, unveröffentlichtes Diskussionspapier.
- Doern, G.B.; Pal, L.A.; Tomlin, B.W. (ed.) (1996): *Border Crossings: the Internationalization of Canadian Public Policy*, Don Mills: Oxford University Press.
- Duchacek, I.D.; Latouche, D.; Stevenson, G. (ed.) (1988): *Perforated Sovereignities and International Relations: Trans-sovereign Contacts of Subnational Governments*, New York: Greenwood Press.
- Evers, Detlev (1994): Supranationale Staatlichkeit am Beispiel der Europäischen Union: Civitas civitatum oder Monstrum, in: *Leviathan*, 1, 115-134.
- Galbraith, John Kenneth (1967): *The New Industrial State*, London, Hamish Hamilton.
- Gourevitch, Peter (1978): The Second Image Reversed: the International Sources of Domestic Politics, in: *International Organisation*, 32 (4), 881-912.
- Gramsci, Antonio (1971): *Selections from the Prison Notebooks*, London: Lawrence & Wishart.
- Hirst, Paul Q.; Thompson, G. (1995): *Globalisation in Question: the Myths of the International Economy and the Possibilities of Governance*, Cambridge: Polity.
- Jessop, Bob (1985): *Nicos Poulantzas: Marxist Theory and Political Strategy*, London: Macmillan.
- (1990): *State Theory: Putting Capitalist States in Their Place*, Cambridge: Polity.
- (1992): Fordism and post-Fordism: a critical reformulation, in: Storper, M.J.; Scott, A.J. (ed): *Pathways to Regionalism and Industrial Development*, London: Routledge, 43-65.
- (1993): Towards a Schumpeterian Workfare State? Preliminary Remarks on Post-Fordist Political Economy, in: *Studies in Political Economy*, 40, 7-39.
- (1994): Post-Fordism and the State, in: Amin, Ash (ed.): *Post-Fordism*, Oxford: Blackwell, 251-279.
- (1995): Regional Economic Blocs, Cross-Border Cooperation, and Local Economic Strategies in Post-Socialism: Policies and Prospects, *American Behavioral Scientist*, 38 (5), 674-715.
- (1997): Die Zukunft des Nationalstaats: Erosion oder Reorganisation? Grundsätzliche Überlegungen zu Westeuropa, in: Becker, St.; Sablowski, Th.; Schumm, W. (Hrsg.): *Jenseits der Nationalökonomie?* Berlin: Das Argument, 50-95.
- Luke, Timothy W. (1994): Placing power/siting space: the politics of global and local in the New World Order, in: *Environment and Planning D: Society and Space*, 12 (4), 613-628.
- Offe, Claus (1987): Die Staatstheorie auf der Suche nach ihrem Gegenstand, in: Ellwein, T. et al. (Hrsg.): *Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft, Band 1*, Baden-Baden: Nomos Verlag, 309-20.
- Ohmae, Kenichi (1990): *The Borderless World: Power and Strategy in the Interlinked Economy*. Management, New York: Harper Collins.
- Poulantzas, Nicos (1973a): *Faschismus und Diktatur*, München: Trikont.
- (1973b): *Die Internationalisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der Nationalstaat*, Berlin: Merve.

- (1974): *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen*, Frankfurt: Fischer.
- (1975): *Klassen im Kapitalismus – heute*. Berlin: VSA, Studien zur Klassenanalyse 5.
- (1977): *Die Krise der Diktaturen. Portugal, Griechenland, Spanien*. Frankfurt: Suhrkamp.
- (1978): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie*. Hamburg: VSA.
- (1979a): L'État, les mouvements sociaux, le parti, in: *Dialectiques*, 28.
- (1979b): Interview with Nicos Poulantzas, in: *Marxism Today*, July, 198-205.
- Schmitter, Philippe C (1994): *The emerging Euro-polity and its impact upon Euro-capitalism*, unveröffentlichtes Diskussionspapier.
- Traxler, Franz; Schmitter, Philippe C. (1995): Perspectives on European integration, organized interest intermediation, and policy formation, in: Eicher, V.; Volezkow, H. (Hrsg.): *Perspektiven Europäische Integration, verbandlicher Interessenmediation und Politikformulierung*, Frankfurt: Campus.
- Tömmel, Ingeborg (1992): System-Entwicklung und Politikgestaltung in der Europäischen Gemeinschaft am Beispiel der Regionalpolitik, in: Kreile, M. (Hrsg.): *Die Integration Europas*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 185-208.
- (1993): Die Europäische Gemeinschaft: supranationaler Staat oder politische Agentur des Marktes?, in: *Links*, 6/93, 28-29.
- Van der Pijl, Kees (1984): *The Making of an Atlantic Ruling Class*, London: Verso.